

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 28. Januar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Polizeizeit zu Braunschweig.

Der Braunschweiger Polizei grant offenbar vor ihren Lorbeeren. Und so sucht sie nach Rechtfertigungsgründen für ihre blutige, empörende Arbeit. Das Wolffsche Bureau muß Depeschen verbreiten, die von gefährlichen Angriffen der Demonstranten auf die Polizei melden. Indes fehlt offenbar innerhalb der Polizei die richtige Verständigung und so gehen einander widersprechende Darstellungen in die Welt. Die erste Depesche des Wolffschen Bureaus behauptet, daß an einer Stelle mehrere Schüsse abgegeben wurden — eine spätere weiß nur noch von einem Schuß zu berichten. Zum Erstaunlich weiß aber die zweite Depesche zu melden, daß die Polizei, als sie die Menge zum Auseinandergehen aufforderte, mit Eisstücken beworfen wurde und daß die Menge immer provozierender vorgegangen sei. Und danach, also provoziert und um die polizeiliche Autorität zu wahren und sich der eigenen Haut zu wehren, hat die Polizei zum Säbel gegriffen. Da aber die Obrigkeit das Schwert nicht umsonst trägt und noch viel weniger zieht, haben die Polizisten nun allerdings unbarmherzig dreingehauen. Die amtlichen Darstellungen geben zu, daß ein Mann einen schweren Säbelhieb über den Kopf erhielt und vermutlich eine Gehirnerschütterung erlitt. Er soll einen zu Boden gestürzten Polizeibeamten am Boden festgehalten und gewürgt haben. In der ersten Depesche werden 15 Verletzte angegeben, von denen zwei wegen schwerer Kopfwunden ins Krankenhaus gebracht werden mußten. In dieser wird auch von einem Oberwachmeister gemeldet, der in der Nähe des Hoftheaters zu Boden geworfen und durch Fußtritte schwer verletzt wurde. — In der zweiten Depesche wird dagegen berichtet, daß besagter Polizeiwachmeister nicht schwer verletzt worden ist.

Die Polizei mußte also den Säbel ziehen, mußte scharf einhauen, das ist der Trumpf der amtlichen Darstellungen. Warum aber mußte sie? Was war denn bedroht, was für die öffentliche Sicherheit Braunschweigs zu befürchten? Nichts und abermals nichts! Das beweisen die zahlreichen Wahlrechtsdemonstrationen, die auf deutschem Boden stattgefunden und allemal würdig und ohne jede Ausschreitung verlaufen sind, sobald die Polizei sich ruhig verhielt! Braunschweig selbst ist dafür Zeuge. Mehrmals schon ist es der Braunschweiger Arbeiterschaft gelungen, die Polizei zu überlisten und ihre Demonstrationen gegen das schändliche Landtagswahlrecht ohne die Polizei zu machen. Und niemals ist dabei ein zwei- oder dreibeiniger Einwohner Braunschweigs noch irgend ein Stück öffentliches oder privates Eigentum zu Schaden gekommen. Vielleicht haben sich Regent und Regierung des Landes geirrt, vielleicht auch einige der „besseren“ Einwohner der Stadt, daß die Proletarier es wagten, sich ihnen als bewußte, fordernde Masse zu zeigen, vielleicht haben belagerte Herrschaften mißfällig den Massentritt der Arbeiterbataillone, den Gesang der Arbeitermarschälle, den Donner der Hochrufe aufs freie Wahlrecht vernommen, vielleicht ist ihnen nicht wohl gewesen bei dem Empfinden, daß die Masse des Volkes gegen sie und ihre künstlich gestützte Herrschaft ist. Aber Schaden an ihrer Gesundheit haben die Privilegierten deshalb nicht genommen und was ihnen an Unbehagen durch die sozialdemokratischen Demonstrationen verursacht wurde, das wird mehr als hundertmal aufgewogen durch die bittere Kränkung, die für die Arbeiter das Landtagswahlrecht bedeutet. Und wenn die wahlentzehrten Arbeiter oft genug den Anblick sogenannter patriotischer und höfischer Demonstrationen ertragen müssen, weshalb sollten die Herrschenden, im Besitz der Macht und der Vorrechte, nicht die Demonstrationen der Proletarier ertragen können!

Die Polizei von Braunschweig hat ein geradezu klassisches Beweisstück dafür geliefert, wie Polizeischlägen, wie „Strahentravalle“ und „Wahlrechtstravalle“ gemacht werden. Friedlich sind alle die Wahlrechtsdemonstrationen in Braunschweig verlaufen, wo sie zu spät kam, die „Sicherheit“ zu retten — Blut ist geflossen, da sie zur „Sicherheitswahrung“ einmal unglücklicherweise zurecht gekommen ist. Diesmal haben sie nämlich ihre Spindel rechtzeitig bedient. Stolz teilt die amtliche Darstellung mit: „Die Polizei war über die beabsichtigten Demonstrationen unterrichtet und hatte so rechtzeitig entsprechende Maßnahmen treffen können.“

Sehr entsprechende Maßnahmen, allerdings. Hätte die Wohlthätigkeit nicht die „wertvollen Elemente“, die „Nichtgentlemen“ gefunden, oder wären diese Gefellen nicht so gut unterrichtet gewesen, so gäbe es heute eine Anzahl gespaltener Säbel und gebrochener Arme in Braunschweig weniger, so hätten die Polizeisäbel kein Bürgerblut zu trinken bekommen. Aber freilich, dann hätte die Braunschweiger Polizei wieder einmal zusehen müssen, wie die Braunschweiger Proletarier die Straßen Braunschweigs benutzten, um zu zeigen, daß sie ein gerechtes Wahlrecht, daß sie Gleichheit der Staatsbürgerrechte fordern. Und das wäre natürlich viel schrecklicher gewesen als alle zerfallenen Köpfe und alle gebrochenen Knochen, und aller heiße Ingrimm, der jetzt in Braunschweig und weit über sein Reich hinaus, im ganzen Reich in der Brust der Arbeiter und aller derer, die noch mit ihnen fühlen können, brennend aufgestiegen ist.

Man braucht sich nur den würdigen Verlauf der früheren polizeilich nicht gestörten Braunschweiger Demonstrationen zu vergegenwärtigen, um zu wissen, was man von der Glaubwürdigkeit jener Meldungen zu halten hat, wonach die Polizei erst angegriffen hat, als sie durch Schüsse und Eisbägel zur Notwehr gezwungen war. Für jeden, der sehen will und der die Gepflogenheiten der preußisch-deutschen Polizei kennt, liegt der Ablauf der Geschehnisse nur zu klar zutage. Die Polizei, die längst auf die Wahlrechtsdemonstrationen erbittert, weil die schlaue Sozialdemokratie ihr bisher jedesmal ein Schnippchen geschlagen, erfährt durch ihre Spindel, daß die Arbeiter den beim Festessen verammelten Abgeordneten des Klassenlandtags den Anblick einer Wahlrechtsdemonstration bereiten wollen. Die ob dieses rechtzeitigen Hinfs hocherfreute Polizei trifft „die entsprechenden Maßnahmen“. Sie legt sich auf die Lauer und als die demonstrierenden Massen dicht vorm Ministerpalast angekommen sind, da stößt die Polizeimacht vor und es ertönen die bekannten dreimaligen Aufforderungen zum Auseinandergehen, die außer ein paar den Polizisten zunächst Stehenden niemand hört. Die Vornstehenden können wegen der von hinten Nachdrängenden nicht gleich zurück — der Widerstand ist gegeben, die Polizeiatade kann beginnen, die Säbel ihre blutige Arbeit verrichten. Auf die friedliche Menge faust wahllos die Plemppe, wie im Kausch hauen die Polizisten — Frauen und Kinder werden nicht gesont. Es scheint, als seien Menschen in wilde Tiere verwandelt, als hätten die schlimmsten, grausamen Instinkte des Urmenschen wieder Gewalt über die Hüter der Ordnung gewonnen, als wären alle Hemmungen, die Erziehung und vieltausendjährige Besittung ausgerichtet haben, hinweggeschwemmt von einer Woge der Wildheit.

Vielleicht sind die Eisstücke, die die Herren Polizisten getroffen, nicht bloße Phantasieprodukte — aber hundert gegen eins ist zu wetten, daß sie erst geflogen sind, als die Säbel schon aus der Scheide waren, als schon Blut geflossen war. Wenn die Polizei wütet, so bleibt Proletarierblut nicht kalt. Wenn ein Polizeiwachmeister das Publikum zur Notwehr zwingt, kann er dabei unter die Füße kommen. Und es ist auch nicht unmöglich, daß ein Polizist am Boden von einem Bürger festgehalten und gewürgt wird — es fragt sich nur, was zwischen beiden vorherging, ehe sie zu Boden stürzten! Die Braunschweiger Polizei hat eine friedliche Demonstration in ein Blutbad verwandelt. Nicht weil sie angegriffen wurde, nicht weil sie in Notwehr war, sondern weil sie das niederträchtige Landtagswahlrecht wahlrecht schützen wollte! Weil sie den Schreier der Entrüstung über das Unrechtstücken wollte! Weil dem Volk, weil dem Proletariat verboten sein soll, was den Herrschenden alle Tage erlaubt ist, die Demonstration auf der Straße!

Säbelhiebe dem Proletariat, das zu fordern wagt, daß sich auf der Straße als fordernde Masse zeigt! Das ist preußisch-braunschweigische Regierungsweisheit. Wie lango wird sie noch vorhalten? Wir sind es gewöhnt, daß die Polizei nicht glimpflich mit den Bürgern umgeht, wenn sie zur Wahlrechtsschlacht den Säbel zieht! Indes, die Braunschweiger Polizei darf sich rühmen, daß sie mehr schwere Verletzungen, mehr gespaltene Schädel und gebrochene Knochen erzielt hat — wenn sich auch der angeblich abgehauene Arm als ein „nur“ gebrochener Arm herausstellte — als jemals vorher zu verzeichnen waren! Sie darf sich rühmen, den Grimm wider Wahlrecht und Polizeiwirtschaft in noch erheblicher stärkerer Maße angestachelt zu haben, als es je eine Polizei in Preußen-Deutschland vermocht hat! Und der Wahlrechtskampf ist mit der Braunschweiger Schlacht noch nicht zu Ende!!

Ueber die Vorgänge am Mittwoch wird uns noch aus Braunschweig gemeldet:

Die Polizei ging nach einem von ihr abgefeuerten Signal sofort rüchloslos vor. Viele Menschen, die sich vor den Säbeln retten wollten, stürzten zu Boden, und auf sie hieb die Polizei ein. Dabei wurde einer Frau das Jodett am Arm durchhauen und der Arm schwer verletzt. Ein Buchdrucker erlitt einen Säbelhieb über den Arm. Ein schwangeres Mädchen wurde von einem Polizisten in den Rücken getreten und geschlagen. Ein junger Schmiedebursche von knabenhaftem Aussehen erhielt von einem Polizisten einen Stoß, daß er niederstürzte und den Arm brach. (Zweifellos wurde gemeldet, daß dem Knaben der Arm abgeschlagen worden sei.) Zahlreiche Personen erhielten Säbelhiebe über den Kopf. Die in die Häuser geflüchteten Demonstranten wurden aus den Fenstern herausgehoben. Die Arbeiter haben in keiner Weise Veranlassung zu einem derartigen Vorgehen der Schulleute gegeben.

Der Arbeiter bemächtigte sich selbstverständlich eine große Erregung und in großen Zügen durchzogen sie singend und demonstrierend die Stadt. Am Hoftheater kam es um 7 Uhr zu einer zweiten Polizeiatade, bei der der Säbel wieder blutige Arbeit verrichtete. Hier wurde ein älterer invalider Arbeiter derart durch einen Säbelhieb über den Kopf verletzt, daß er mit dem Sanitätswagen nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Auf die Menschen wurde wahllos eingehauen, und die Polizisten verlangten, daß sie schnell laufen sollten, obwohl das eine Unmöglichkeit war. Die Polizei hatte zweifellos von oben her strenge Anweisung erhalten, die Waffe schonungslos arbeiten zu lassen.

Um 8 Uhr erfolgte auf dem Hagenmarkt, wieder in der Nähe des Ministeriums, ein dritter Zusammenstoß mit der Polizei. Zu Kaisers Geburtstag wird hier alljährlich ein großer Papststreich abgehalten. Die Papststreichbesucher, vermengt mit Arbeitern, besamen hier den Polizeisäbel zu kosten, wobei es einem besonders ziel- und wahllos um sich hauenden Oberwachmeister der Polizei schlecht erging. Ein von ihm mit dem Säbel geschlagener Arbeiter warf den Polizisten in der Notwehr zur Erde, und dann wurde der Säbelschwinger durch Fußtritte verletzt. — Hier schlug ferner ein baumlanger Polizist einen schon am Boden liegenden Arbeiter derart mit dem Säbel über den Kopf, daß der Verwundete schwer verletzt vom Platze gebracht werden mußte.

Kurz nach 9 Uhr ging die Polizei am Ende des Wohlweges wiederum mit der blanten Waffe vor. Ein 63jähriges Mütterchen, eine Witwe, kam von ihrer Arbeitsstätte und geriet in die Menschenmenge. Sie trug einen Säbelhieb in die Wade davon, der einem Stroh glüht.

Kurz nach 10 Uhr abends zog ein Trupp Menschen, die vom Papststreich kamen, die Hamburger Straße entlang; sie wurden von der Polizei mit dem Säbel angegriffen und zurückgetrieben. Ein älterer Arbeiter, der mit dem Trupp gar nichts zu tun hatte, erhielt einen scharfen Säbelhieb über den Kopf. Der Arbeiter wurde mit dem Sanitätswagen fortgeschafft.

Die drei Protestversammlungen der Arbeiter, in denen Referate über das allgemeine Wahlrecht gehalten wurden, waren sämtlich überfüllt. Es wurde eine scharfe Resolution gegen das plutokratische Klassenwahlrecht und gegen die hinter verschlossenen Türen erfolgte Ungültigkeitserklärung der Wahl des einzigen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Jasper angenommen.

Donnerstag mittag sollte wie alljährlich zu Wilhelm II. Geburtstag eine große Parade abgehalten werden. Sie ist — wohl infolge der Wahlrechtsdemonstrationen und aus Furcht vor diesen — abgefragt worden. Dafür war die Schloßwache mit scharfen Patronen versehen.

## Sozialdemokratische Volksschulpolitik.

Dresden, 26. Januar.

Im sächsischen Landtage wurde am Dienstag über den Volksschuletat verhandelt, der diesmal für die sozialdemokratischen Abgeordneten von besonderer Wichtigkeit war, weil in Sachsen zurzeit ein neues Volksschulgesetz vorbereitet wird. Die bevorstehende Reform beherrschte die ganze achtstündige Verhandlung. Auch die bürgerlichen Redner, von denen besonders der Seminardirektor Dr. Sehrt und der freisinnige Dr. Dietel leidlich vernünftige Ansichten vertraten, beschäftigten sich eingehend damit. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach zuerst Genosse Lange - Leipzig.

Ausgehend von einer Kritik der heutigen Schulzustände entwickelte er die sozialdemokratischen Forderungen. Treffend kennzeichnete er die volksfeindlichen Bestrebungen der Konservativen, wie die Unverträglichkeit des Religionsunterrichts mit dem Prinzip der Gewissensfreiheit und mit den elementarsten Anforderungen der Erziehungswissenschaften nach. Nebenbei rechnete er mit früheren Reden des Kultusministers über die „zunehmende Verrohung“ der Volksschuljugend ab und zeigte an verschiedenen eindrucksvollen Beispielen, daß die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die Verödung der Familie durch die kapitalistische Ausbeutung nur zu viel zureichende Gründe für die stellenweise Verwahrlosung der Jugend abgeben, die übrigens von den Gegnern stark übertrieben werde.

Vergeblich bemühte sich der Kultusminister Dr. Sed., den Eindruck dieser Rede abzuschwächen. Bezeichnend war seine Erklärung, daß diese Rede ein größeres Interesse bestimmter Kreise des Volkes für die Volksschule offenbare. Sicherlich meinte der Minister damit die Sozialdemokratie. Hat er wirklich erst jetzt erfahren, daß die Sozialdemokratie ein großes Interesse an den Volksschulen nimmt? Hat er das wirklich bisher nicht gewußt, so zeigt der Fall wieder einmal, wie jämmerlich ungenügend unsere Bureaucratie über die Sozialdemokratie unterrichtet ist. Aber wenn Herr Dr. Sed. sonst über unsere Partei nicht viel weiß, er hat doch seinen Zitatensatz, den er nun öffnete, um den Nachweis zu versuchen, daß die Sozialdemokratie die „edelen Pflanzkulturen des Religionsunterrichts“ in der Jugend zerschüttere wolle und deshalb mit verantwortlich sei für die Zunahme der Vergehen Jugendlicher. Als Beweismittel mußte Herweghs Gedicht: „Get und arbeit, ruft die Welt“ und das „Lied von der deutschen Treue“ im „Arbeiterturner-Liederbuch“ herhalten.

Genosse Ribbe zergauste diese lächerliche Anklage gebührend, ergänzte durch reichhaltiges Material die Kritik des Genossen Lange. In seinen pointierten Ausführungen wies er nach, die erste und wesentlichste Voraussetzung einer gedeihlichen Volksschulreform seien den Gemeinden Staatszuschüsse nach der Leistungsfähigkeit zu gewähren. Heute seien die ärmeren Schulgemeinden bis zum Zusammenbrechen belastet. Wollte man es bei dem jetzigen Zustande belassen, so würden alle Verbesserungen im Volksschulgesetz auf dem Papier stehen bleiben. Er unterbreitete der Kammer sodann einen Vorschlag für Neuregelung der Schulkosten. Danach soll jede Gemeinde ihre Schulkosten soweit selbst tragen als sie 25 Proz. des Gesamtstaats Einkommenertrages des betreffenden Ortes ausmachen, die darüber hinausgehenden Volksschulkosten soll der Staat tragen. Dadurch würde die jetzige ungleiche Belastung der Gemeinden durch die Volksschulkosten, die so weit gehen, daß reiche Gemeinden nur 10 und 15 Proz. ihres Staatseinkommenertrages für die Schule aufwenden müssen, andere bis zu 300 Proz., beseitigt und eine Gleichheit der Belastung nach der Leistungsfähigkeit der Gemeinden herbeigeführt werden. Um abzu dem Staate jeden Anlaß zu nehmen, die Gemeinden aus finanziellen Gründen zu bevormunden und schließlich den Fortschritt im Schulwesen zu

### Die Inertions-Gebühr

Gebühr für die sechsgepartene Kolonelle oder deren Raum 20 Flg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Flg., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Flg., jedes weitere Wort 10 Flg., Stellengesuche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Flg., jedes weitere Wort 5 Flg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

berhindern, sollte der Staat die Schulden nur so weit übernehmen, als ein durchschnittlicher Betrag von Schulden für den Kopf eines Schülers — etwa 60 bis 70 M. — nicht überschritten wird. Der maßgebende durchschnittliche Betrag sollte durch eine statistische Erhebung über die Volksschulden ermittelt werden. Die Staatszuschüsse würden sich dann allerdings mehr als verdoppeln, doch es handle sich für die Staatsbürger nur um eine Veränderung im Aufbringen der Kosten, aber nicht um eine Erhöhung. Es müßte dann vom Staate erhoben werden, was die Gemeinden jetzt auf ungerechte Weise in Form von Schulumlagen und Schulgeld einzahlen. Nach einer Begründung der sozialdemokratischen Forderungen: Einheitschule, Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts, Vermittlungsfreiheit und Beseitigung des Religionsunterrichts, rechnete der Redner mit dem konservativen Abgeordneten Dr. Spieß ab, der behauptet hatte, die Sozialdemokratie sei schuld an der steigenden Kriminalität in Sachsen. Genosse Rysche wies nach, daß im sozialdemokratischen Sachsen weit weniger Verbrechen vorgekommen seien als in dem frommen Posen und Ostpreußen.

Die folgenden Redner, Kultusminister Dr. Wed und Abg. Dr. Hähnel, beschäftigten sich fast ausschließlich mit den Ausführungen des sozialdemokratischen Sprechers, auf die sie zum Teil sachlich eingingen, ohne eine direkt ablehnende Haltung zu den Vorschlägen über die Neuordnung der Schulden einzunehmen.

Ein Schlußantrag machte der interessanten Debatte, der die Sozialdemokratie das Gepräge gegeben hatte, ein Ende.

## Der Großblock in Bayern.

München, 26. Januar.

Die Meldung vom Bündnis des Zentrums mit dem Bund der Landwirte bei der Landtagswahlwahl zu Landau wäre, für sich allein betrachtet, kaum des Registrierens wert, denn ob Landau durch einen Liberalen oder Bündler vertreten sein wird, ist für die bayerischen politischen Verhältnisse vollständig bedeutungslos.

Aber hinter dem Vorgang steckt viel mehr. In ihm haben wir den ersten klaren Beweis von einer seit Monaten im Werden begriffenen Neugruppierung der politischen Parteien in Bayern. Wir haben es also nicht mit einer in der Politik so häufigen lokalen Zufallserscheinung, sondern mit einem Vorgange zu tun, der nur aus der politischen Gesamtsituation in Bayern und im Reiche zu beurteilen und zu verstehen ist.

Der Zusammenschluß der Bündler und des Zentrums in Bayern ist im letzten Grunde nur die Konsequenz der durch die Finanzreform im Reiche geschaffenen politischen Lage und Parteigruppierung.

Die letzten Landtags- und Reichstagswahlen des Jahres 1907 machten Liberale und Bündler in der Pfalz noch in größter Einigkeit. Die Kompromißverhandlungen gestalteten sich zwar schwierig; aber schließlich gingen die Liberalen durch das laudenswerte Joch und akzeptierten den Bundesführer Dr. Röske für den Wahlkreis Kaiserslautern. So schien der Bund für viele Jahre besiegelt.

Da kam die Reichsfinanzreform, die Sprengung des Bündnisses und die Paarung des Zentrums mit den Konservativen. Diese Vorgänge auf reichspolitischen Gebiete trübten das Verhältnis der bayerischen Bundesbrüder. Die Verstimmung trat zum erstenmal sichtbar in die Erscheinung bei der Reichstagswahlwahl in Landau-Neustadt, wo die Sonder- und Truppkandidatur der Bauernbündler den Verlust des Mandats an die Sozialdemokratie zur Folge hatte.

Die Entfremdung wuchs durch die Beratungen über die bayerische Steuerreform, weit mehr aber durch die liberale Versammlungs- und Propagandation gegen die Reichsfinanzreform, wodurch die Bündler in eine sehr gereizte Stimmung verfiel wurden. Sie befeuerte sich natürlich nicht dadurch, daß mehrmals bei den Besprechungen über die Reichsfinanzreform in der bayerischen Kammer Liberale und Bündler hart aneinandergerieten, zuletzt die Führer Dr. Casselmann und Veßl. Veßl empfahl ganz offen, den engeren Anschluß an das Zentrum, was Dr. Casselmann veranlaßte über Verrat und Treubruch zu klagen.

Das Streitgebiet wurde noch erweitert durch eine Bemerkung des liberalen Abgeordneten Dr. Günther über einen bayerischen Großblock zur Bekämpfung des Zentrums.

Bayerischer Großblock! Begierig nahm die liberale Presse die Idee auf und so haben wir in ihr seit vierzehn Tagen eine ausgiebige Blattdbatte. Die meisten Organe des Liberalismus treten energisch für den Blockgedanken ein, sehen schon den stolzen Zentrumssturm in Trümmern liegen und die Morgenröte der Freiheit über Bayern leuchten, vielleicht auch schon in weiter Perspektive die Ministeressel mit liberalen Politikern besetzt. Ein schöner Traum!

Die sozialdemokratische Presse und Partei stehen der Blockidee nicht grundsätzlich abweisend, aber im ganzen sehr kühl gegenüber.

Zwar ist ein Hindernis, das der Verwirklichung eines Großblocks im Wege stand, durch das Abdrücken des Bauernbundes vom Liberalismus beseitigt. Mit einem Liberalismus, der bisher nichts anderes als ein Höriger des Bundes der Landwirte oder des konservativen Bauernbundes war, ist niemals ein Pakt zu schließen. Trotzdem bleibt die Blockidee eine Utopie, solange die Casselmannschen Gestalten an der Spitze des Liberalismus stehen.

Man muß da der „Augsburger Abendzeitung“ recht geben, welche ganz nüchtern den Großblockgedanken bespricht und in geradezu bewundernswürdiger Selbstkenntnis anspricht, daß der bayerische Liberalismus in seiner gegenwärtigen Verfassung überhaupt nicht bündnisfähig sei. Der bayerische Liberalismus ist zurzeit in einem solchen Zerfallsstadium begriffen, daß die Gemeinschaft zwischen Nationalliberalen, Jungliberalen, Freisinnigen und Demokraten so gut wie gelöst ist. Und ausgerechnet in dieser Zeit des möglichen Zusammenbruchs des liberalen Blocks pouffiert man die Idee eines Großblocks!

Was man begreift, das ist die Angst, die den Liberalismus angeht, das Landauer Vorgang erfährt hat. Ein Bündnis des Zentrums mit dem Bauernbund bei allgemeinen Wahlen bedeutet in Bayern den völligen Ruin des Liberalismus. Und das Bündnis, zunächst für die Reichstagswahlen des Jahres 1911, steht heute schon so gut wie fest. In dieser wirklich verzweifelt Situation klammern sich die ertrinkenden liberalen Politiker an einen Strohalm, an den Gedanken des Großblocks nach badischem Muster.

Die sozialdemokratische Partei wird abwarten und sich durch keine Jata Morgana der liberalen Presse täuschen lassen.

Zurzeit ist der Großblockgedanke für Bayern eine durchaus utopische Idee. Erst dann kann über diese Idee ernsthaft gesprochen werden, wenn der bayerische Liberalismus sich zu einer wirklich liberalen und volkstümlichen Politik entschlossen hat.

## Die Wahlen in England.

London, 27. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Es liegen nunmehr die Ergebnisse aus 621 Wahlkreisen vor; 49 sind noch ausständig. Von diesen waren im letzten Parlament 9 konservativ vertrieben. Gewählt sind 258 Konservative, die also jetzt gerade 100 Mandate mehr gewonnen haben als bei den Wahlen von 1906; 250 Liberale, 39 Mitglieder der Arbeiterpartei und 74 Freie. Von diesen gehören 7 einer unter Führung D'Orleans stehenden Gruppe an, die dem Budget vollkommen ablehnend gegenübersteht. Von Mitgliedern der Arbeiterpartei wurden gestern wiedergewählt die Genossen M. C. Harvey in Derbyshire (Nordost) und der Vergarbeiter A. Stanley in Stafford (Nordwest).

Die Situation hat sich für die Liberalen insofern etwas günstiger gestaltet, als sie momentan mit der Arbeiterpartei zusammen eine Majorität von 31 Stimmen über die Konservativen besitzen. Doch bleiben die Freie auf jeden Fall ausschlaggebend. Die konservative Presse weist deshalb mit steigendem Nachdruck darauf hin, daß den Liberalen die Lösung aller großen Probleme unmöglich sei. Höchstens könnten sie das Budget — und dieses vielleicht nur in abgeschwächter Form — erledigen, aber nicht die Oberhausfrage und nicht Home Rule. Freilich sei auch die Tarifreform zunächst zurückgestellt. Aber das könne nur einen kurzen Aufschub bedeuten.

Sicher ist, daß die Wahlen keine endgültige Entscheidung gebracht haben. Der Kampf um den Imperialismus geht weiter und wahrscheinlich wird die nächste Schlacht nicht allzu lange auf sich warten lassen.

## Die Mandchureifrage.

Auf den amerikanischen Vorschlag zur Lösung der Mandchureifrage haben bis jetzt nur Japan und Rußland eine bestimmte offizielle Antwort gegeben. Die Regierungen der europäischen Staaten haben es mit der Antwort nicht so eilig, jedoch ist es sicher, daß die Mehrzahl den Vorschlag ebenfalls ablehnen wird. Freilich aus ganz anderen Gründen als Japan und Rußland. Wenn die letzteren sich durch eine Neutralisierung der mandchurischen Eisenbahnen im vorgeschlagenen Sinne direkt in ihren wirtschaftlichen und politischen Interessen bedroht sehen, so stellt diese für die europäischen Staaten keine unmittelbaren Vorteile in Aussicht. Das amerikanische Memorandum schlägt den Großmächten vor, alle in der Mandchurei bereits bestehenden wie die noch zu erbauenden Eisenbahnen auszuverkaufen und für Chinas Eigentum, aber zugleich für den Handel neutral zu erklären und unter Kontrolle der Großmächte zu stellen. Der Anteil jeder Großmacht an der Kontrolle soll ihrem Anteil an dem Kaufpreis der bestehenden und an dem Bau der neuen Eisenbahnlinien entsprechen. Der ganze Plan soll durch eine internationale Anleihe an China oder durch Gründung eines internationalen Syndikats zu Eisenbahnenzwecken in der Mandchurei finanziell gesichert werden.

Die Verwirklichung dieses Planes brächte der Eisenindustrie Amerikas, besonders den Schienenwalzwerken, große Vorteile. Die chinesische Regierung ist ja jetzt fieberhaft bestrebt, Eisenbahnen zur Abwehr der japanisch-russischen Gefahr zu bauen. Eine Linie hat China sogar selbständig erbaut (von Jinkuar nach dem Süden). Ob die weiteren Linien vom chinesischen Staate oder von einem internationalen Syndikat gebaut werden sollen, Amerika würde in jedem Falle einen neuen Absatz für seine Schienenproduktion finden, auch würde der Bau von neuen Eisenbahnen in der Mandchurei den amerikanischen Handel dort erheblich fördern können. Die wirtschaftlichen Vorteile Amerikas bei der Verwirklichung des Mandchureivorschlages liegen somit auf der Hand. Aber auch nur für Amerika. Denn die europäischen Staaten werden in der Mandchurei mit dem amerikanischen Handel nicht so leicht konkurrieren können. Deshalb auch die Zurückhaltung Englands und Deutschlands dem amerikanischen Vorschlage gegenüber.

Der Vorschlag hat aber noch eine andere Bedeutung: er ist eine politische Demonstration gegen die zwischen Japan und England geheim geführten Verhandlungen über die Mandchureifrage. Was Japan durch die zwei großen und siegreichen Kriege — gegen China und gegen Rußland — nicht erzielt hat, sucht die japanische Regierung jetzt auf scheinbar friedlichen Wegen zu erreichen. Durch den Bau von Eisenbahnen im südlichen Teile der Mandchurei und durch ein friedliches Abkommen mit Rußland über die Nordmandchurei war Japan seit dem Portsmouth Frieden bestrebt, den ganzen Handel in der Mandchurei an sich zu ziehen, da Rußland in keiner Hinsicht als Konkurrent betrachtet werden kann. Als Handelskonkurrent ist Rußland in den in Betracht kommenden Gegenden überhaupt für Japan nicht so gefährlich. Nötigenfalls könnte man Rußland auch durch einen neuen Krieg verdrängen oder zur Nachgiebigkeit zwingen. Rußland hat zwar jetzt in Ostibirien fast ein ganzes Armeekorps mehr als vor dem letzten Kriege, ist auch im Besitz der nordmandchurischen Eisenbahn, aber es hat an der chinesischen und japanischen (koreanischen) Grenze keine bedeutenden Festungen mehr, so daß im Falle eines neuen Krieges Rußland mit seinen viereinhalb Armeekorps und der Eisenbahn Japan völlig machtlos gegenüberstehen würde. Aus diesen Gründen suchte auch Rußland seit dem Friedensschluß die Freundschaft Japans zu gewinnen und beide waren bereit, sich gegenseitig kleinere Dienste auf Kosten Chinas zu erweisen. Rußland protestierte nicht, als Japan von China einen Vertrag erzwang, der Japan die Eisenbahnen in der Südmandchurei zusichert und ihm neben großen Handelsvorteilen das Recht auf alle metallischen Schätze in den japanisch-chinesischen Grenzgebieten gewährt. Japan protestierte nicht, als Rußland den Anspruch auf Jurisdiction in der ganzen Gegend der russischen Eisenbahnen erhob, sowie auf das Recht, in dieser Gegend Kolonialen zu gründen, obwohl Rußland nach den Bestimmungen des Portsmouther Friedens kein Recht hat, in der Mandchurei Militär zu halten. Ohne Zustimmung Japans würde es Rußland selbstverständlich nie gewagt haben, solche Ansprüche geltend zu machen. Japan ist aber momentan Rußland freundlich, und Rußland hegt jetzt Hoffnungen, unter der Mitwirkung Japans (!) in der Nordmandchurei seine Macht zu entwickeln und dort den russischen Handel aufblühen zu lassen. Dies soll eine Entschädigung

für die russischen Industrie- und Handelskreise sein, denen die Agrarier in Rußland selbst keine Konzessionen machen wollen. Rußland und Japan waren im Begriff, einen Vertrag zu schließen, der die „Einflusszone“ jedes dieser Staaten feststellen sollte, ein Vertrag, der etwa dem zwischen Rußland und England im Jahre 1906 geschlossenen Vertrage über die Einflusszonen in Persien ähneln sollte. Zuerst sollten die Handelszonen festgelegt werden, der wirtschaftlichen Eroberung sollte nachher eine militärische folgen: eine endgültige Annexion Koreas und der Südmandchurei durch Japan und eine Annexion der Nordmandchurei durch Rußland, wobei es allerdings fraglich bleibt, ob die japanische Politik dabei sehr aufrichtig ist.

Diese schönen Pläne Japans sind jetzt durch den Vorschlag Amerikas zerstört worden. Wenn der Vorschlag im ganzen auch keine Aussichten auf Verwirklichung hat, so bedeutet er doch eine politische Demonstration des Entschlusses Amerikas, die Politik der „Beschützung“ Chinas weiter zu verfolgen. Und diese Politik verfolgen auch mit Ausnahme von Rußland die übrigen Großmächte, in erster Linie aber Deutschland. Seit Jahrzehnten hat Amerika Ostasien als Hauptabnehmer für seine Eisenproduktion angesehen. Die großen Erfolge, die Amerika in Japan erzielt hat, namentlich in dem Absatz von landwirtschaftlichen Maschinen, haben seine Blicke auch auf die anderen ostasiatischen Gebiete gelenkt, denen eine kulturelle Entwicklung vorausgesetzt werden kann. Japan aber (das zwar auch jetzt noch einen Markt für die amerikanische Eisenindustrie darbietet) kann mit der Zeit ein gefährlicher Konkurrent werden. Deshalb muß der Expansionspolitik Japans ein Ziel gesetzt werden. Aus diesen Gründen haben es die Großmächte — Amerika und Deutschland an der Spitze — verhindert, daß Japan den Sieg über China und nachher ebenso den Sieg über Rußland in vollem Umfange ausnütze. Die Beweggründe Deutschlands sind — prinzipiell wenigstens — dieselben wie die der Vereinigten Staaten. Zur Zeit des japanisch-chinesischen Krieges hatte Deutschland noch keine direkten Handelsinteressen im fernen Osten. Aber schon damals hat Deutschland durch die energische Unterstützung der Forderungen Amerikas und Englands zugunsten Chinas die Bereitschaft, mit der „gepanzerten Faust“ einzugreifen, bekundet.

Die Erwerbung von Kiautschou und Samoa folgte diesem ersten Auftreten Deutschlands in der ostasiatischen Frage, dann der Aufmarsch während der „Beschützung“ Chinas nach der Vozzerhebung. Dank einem Zufall — der Ermordung des deutschen Vorkonstellers in China — konnte Deutschland auch offiziell die Hauptrolle in dem chinesischen sogenannten „Kriege“ spielen. Jetzt fühlt sich Deutschland berufen, in allen den fernen Osten betreffenden Fragen eine der wichtigsten Rollen zu spielen. Zur Grundlage hat die deutsche Politik im fernen Osten, wie gesagt, ebenso die Sucht nach neuen Absatzmärkten, wie die Politik Englands, Amerikas usw. Während aber England und besonders Amerika nur die für sie bereits vorhandenen Märkte zu sichern bestrebt sind, handelt es sich für Deutschland um das Schaffen von neuen Märkten und in Gegenden, wo Deutschland den früher Bekommenen gegenüber als Konkurrent auftreten muß. Selbstverständlich kann das Auftreten eines neuen Konkurrenten ebensowenig für England, wie für Amerika erwünscht sein. So lange es sich um eine Maßnahme gegen japanische Bestrebungen handelt, geht Amerika mit Deutschland gern zusammen. Ja, noch mehr: Amerika war es eben, das für Deutschland die Erwerbung von Samoa vermittelt hat. Die amerikanisch-deutsche Freundschaft kann aber im fernen Osten nicht von langer Dauer sein. Sollte sich der deutsche Handel in Ostasien entwickeln, so wird es zweifellos in erster Linie zu Konflikten mit Amerika führen. Gegenwärtig aber können noch beide eifrig und einig für die Politik der offenen Tür im fernen Osten kämpfen. Schutzhöllnerisch zu Hause und freihändlerisch in der Mandchurei und in China; immer zunehmende Zollrüftung in den direkten Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Amerika und — gemeinsames energisches Auftreten beider für die Politik der „offenen Tür“ in Ostasien! Wenn Deutschland auch dem wirtschaftlichen Teile des amerikanischen Vorschlages nicht zustimmt, so ist die deutsche Diplomatie mit der amerikanischen auch in diesem Falle einig. Wenigstens in Petersburg und in Tokio wird der amerikanische Vorschlag als eine Demonstration nicht nur Amerikas, sondern, wenn auch zu Unrecht, zugleich als eine Deutschlands betrachtet.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Januar 1910.

Decoriert!

Neben ist Silber, Schweigen ist Gold! Nicht immer trifft dieses Sprichwort zu; aber in bezug auf den Reichskanzler, der zurzeit nominell Deutschlands Geschicke leitet, hat es sich wiederum als richtig erwiesen. Unter den vielen, die heute aus Anlaß des Geburtsstages Wilhelms II. wegen ihrer hervorragenden Verdienste mit Orden ausgestattet worden sind, befindet sich auch Herr v. Bethmann-Hollweg. Er hat für seine Fähigkeit, zu schweigen und, wenn er das Schweigen bricht, nicht zu sagen, den Schwarzen Adlerorden erhalten.

Damit sind jene Lästereien glänzend widerlegt, die da wissen wollten, der Kaiser fühle sich bereits durch den neuen Kanzler gelangweilt.

Patriotischer Uebereifer.

Von einem kleinen Zwischenfall bei der Kaisergeburtstagsfeier in Karlsruhe wissen bürgerliche Blätter zu berichten. Wie alljährlich hatte die Bürgerchaft wieder ein sogenanntes „Kaisereffen“ im Festballsaal veranstaltet, an der die Spitzen der Regierung sowie die Zivil- und Militärbehörden teilnahmen. Der zweite Festredner, der Kammerhistoriograph Frey, Vorsitzender des jungliberalen Vereins zu Karlsruhe, hielt in seinem Patriotismus die Gelegenheit für angebracht, für das badische Herrscherhaus zu schwärmen und Vergleiche zwischen diesem und der Hohenzollerndynastie zu ziehen. Unter anderem sagte er z. B.:

Als der Erzleher, dessen Beispiel und Wort in allen Schichten der Bevölkerung viel gilt, hatte Friedrich der Deutsche mitgeholfen, und den Reichsgebanen einzuprägen, unauswähllich einzuprägen, so daß wir nicht wanken und nicht irren werden, auch nicht in trüben Zeiten, wie der gegenwärtigen, wo wir mit banger Sorge in die Zukunft unseres badischen Volkes blicken müssen, weil größere mächtigere deutsche Bundesstaaten auf eigenen Vorteil bedacht sind, unbekümmert darum, daß uns dadurch viel Schaden zugefügt wird. Es ist ein Verdienst des Großherzogs Friedrich des Deutschen, daß er kein Partikularist ist, daß wir, wenn wir Wilhelm II. im Geiste vor uns sehen, in unserem Empfinden der Ehrenhaftigkeit dabei verbleibe vor dem Deutschen Kaiser, so daß wir auch in einer solch trüben, sorgenvollen Zeit voll herzlicher





Aus dem Etat der Landesversicherungsanstalt Berlin für das Jahr 1910.

Der Etat der Landesversicherungsanstalt Berlin ist in mancherlei Beziehung auch für die Öffentlichkeit, insbesondere für die Versicherenden von Interesse, weshalb einige wichtige Punkte aus den Verhandlungen über denselben hier wiedergegeben seien.

Der Etat bilanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 15 288 800 M., darunter der Spezialetat für die Lungenheilstätte und das Sanatorium Veelich mit 2 641 603 M., Heilstätte Lichtenberg mit 126 520 M. und die Tuberkuloseanstalt Lichtenberg mit 76 418 M.

Zerner komme in Betracht, daß man nicht die erwarteten Erfolge erzielt habe. Der Andrang zu dieser Heilstätte liege zu wünschen übrig, was sich daraus erkläre, daß Versicherte, die eine solche Behandlung nötig hätten, aus falschem Schamgefühl die Einrichtung nicht benutzten, andere wieder sehr häufig die Anstalt in Anspruch nehmen, obwohl bei diesen ein Heilverfahren im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes nicht als absolut notwendig erschiene.

Bei der Gelegenheit wurde ferner Beschwerde geführt, und zwar gleichzeitig von den Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten, über das mitunter eigentümliche Auftreten der Kontrollbeamten, die Betriebe und Karten der Versicherten zu revidieren haben.

Die Kosten der seit circa einem Jahre von der Anstalt errichteten Zahnklinik sind in der Ausgabe mit 100 000 M. veranschlagt.

Kleines Feuilleton.

Als Paris unter Wasser. Ein fesselnder historischer Rückblick, der im „Gaulois“ veröffentlicht wird, zeigt an interessanten Beispielen, daß die neue Ueberschwemmungskatastrophe in Paris im vergangenen Jahrhundert ihre zahlreichen Vorläufer hatte und daß die Seine keineswegs jener friedliche Fluß ist, als den sie der Fremde kennen lernt.

einandersehung gab. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt ließ von solchen weiblichen Personen, die Jahresbeitrag nachsuchen und erhielten, einen Revers unterschreiben, nach dessen Inhalt diese Personen auf die Erstattung der Beiträge im Wechselsfall auf die Dauer von 10 Jahren verzichten müßten.

In wie hohem Maße vielfach Arbeitgeber immer noch ihre Pflicht vernachlässigen, den Arbeitern ordnungsmäßig Beitragsmarken zu liefern, geht aus der Tatsache hervor, daß im vergangenen Geschäftsjahre von den Kontrollbeamten nicht weniger als 164 000 Mark für Nachverwendungsarten eingeholt wurden, 23 000 M. mehr als im Vorjahre!

Im Juli vorigen Jahres wurde den beamteten Angestellten der Anstalt in Verfolg der Erhöhung der Gehälter der Staats- und Kommunalbeamten ebenfalls eine Erhöhung zuteil.

Bei der Beratung des Spezialetats wurde von den Vertretern der Versicherten Beschwerde geführt über die Schulzulassung für die Kinder der in der Heilanstalt Veelich Angestellten.

Die Heilstätte Veelich unterhält in eigener Regie eine eigene Bäckerei und Schlächtereier. Letztere hat einen jährlichen Umsatz von 300 000 M., wovon für 27 000 M. Waren zum Selbstkostenpreis an die Berliner Krankenkasse und für 3000 M. an die Heilstätte Lichtenberg abgegeben werden.

furchtbare Ueberschwemmung, 1697 eine dritte, und 1740 erreicht die Seine am Pont-Royal wieder 9,82 Meter.

Ein politisch-geographischer Umtausch. Der „französische Kongo“ hat aufgehört zu existieren. Das „Journal Officiel“ veröffentlicht die Dekrete, die die Umwandlung dieser Kolonie in das „französische Äquatorialafrika“ regeln.

Humor und Satire.

Geistiges Turnen. In einer der letzten Nummern des „Bulletin paroissial“ (Kirchl. Anzeigers) der drei Kirchspiele von Quaregnon (Belgien) erschien ein höchst merkwürdiges Dokument, das wie folgt lautet:

Großes Wettturnen für junge Leute beider Geschlechter von 7 bis zu 60 Jahren und darüber. (Das Wettturnen findet alle Tage und überall statt.) Programm: I. Zu bestimmter Morgenstunde: a) Einleitende Freiübungen. 1. Übung: die Augen öffnen. 2. Übung: Das Zeichen des Kreuzes. 3. Übung: „Lieber Gott, Dir bringe ich meinen Tag dar.“ 4. Übung: aus dem Welt, wie wenn es darin brennte. NB. — Diese Freiübungen sichern, wenn sie gut gemacht werden, den Erfolg des Wettturnens. b) Individuelle Übungen mit Geräten (Anzug, Waschbecken, Wäsche usw.) 1. Übungsreihe: sitz so rasch als möglich anziehen. 2. Übungsreihe: (noch rascher) Toilette. 3. Übungsreihe: auf die Arme und Beine langhanteln. Sammeln und auflösen. — II. Im Laufe des Tages: Übungen an Geräten, jeder mit den Geräten seines Standes und seines Berufes. Feiner Barren, fest wie die Gerechtigkeit. Genannte Tugend dem Nächsten gegenüber üben. Parallelen. — Neben aller Welt in aller Freundschaft und Nächstenliebe leben und bei den Übungen vermeiden die Nachbarn zu verletzen. — III. Am Abend: Große Parade vor dem Generalgewissen. 1. Regiment: Genietruppen — Erdarbeiten. 2. Regiment: Pflänker — Wünsche.

Waschmädchen und 10 Plätterinnen, Handwerker zählten wir 55, darunter 14 Schlosser, 3 Hobelrleger, 3 Klempner, je 4 Maurer und Schuhmacher, 8 Maler, 3 Tischler, 2 Tapezierer, 1 Drechsler, 6 Schneider, 2 Barbierer, 2 Bäcker und 3 Schlächter.

Ueber die Verlegung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung nach Charlottenburg, ein Lieblingsplan des Herrn von Goltzowski, ist vor einiger Zeit schon berichtet worden.

Der Ausschuß und Vorstand verurteilte einstimmig diesen ohne Wissen und Willen der beiden Körperschaften betriebenen Plan, der ein großes Licht darauf wirft, wie Unternehmer und die für sie interessierten Personen auf Gesetze und Vorschriften pfeifen, wenn sie ihren Kopf durchsetzen wollen.

Mit Jahresjahre 1909 war die Dienstdauer des bisherigen Ausschusses beendet. Die im November vorigen Jahres bereits erfolgten Neuwahlen ergaben für die Vertretung der Versicherten nur wenige Veränderungen.

Pflegeheime für erblich syphilitischkranke Kinder und Arbeitsheilstätten für syphilitischkranke Arbeiter.

Die Syphilis ist seit einem Jahrzehnt als eine ebenso furchtbare Geißel der Menschheit wie die Tuberkulose erkannt. Sie ist vielleicht noch schlimmer als diese; sie geht erwiefernemahnen von einer syphilitischen Mutter direkt auf das Kind über und veranlaßt eine große Zahl von Aborten, Totgeburten, Fehlgeburten und lebensunfähigen Geburten.

Über solche unter wirtschaftlichen Missetänden aufgewachsenen erblich kranken Kinder werden — was vielleicht noch schlimmer ist — mangels ausgiebiger Pflege und Behandlung zu geistig und körperlich minderwertigen Krüppeln, die ihren Mitmenschen dann zur Last fallen und zum großen Teil dem Verbrechertum anheimfallen.

3. Regiment: leichte Reiter — Worte. 4. Regiment: Artillerie — Handlungen. 5. Regiment: Hilfsdienst — Ambulanz — Unterlassungen. Desfilé: an der Spitze Trompeten der Neue. NB. — Die Preise werden am Abend des Lebens verteilt. Die Preisrichter, deren Unparteilichkeit wohl über Verdacht erhaben ist, sind der liebe Gott und seine Engel.

Notizen.

Als Direktor des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg wurde an Stelle des Herrn v. Berger, dessen Bestätigung als Direktor des Wiener Burgtheaters gleichzeitig gemeldet wird, Dr. Karl Hagemann gewählt.

— Eine keramische Ausstellung, die Erzeugnisse der kgl. Majolikawerkstätte Cadixen und der babischen Majolikamanufaktur in Karlsruhe umfaßt, wurde im Teppichsaal von A. Wertheim (in der Leipziger Straße) eröffnet.

— Justament nicht. Aus Wien wird gemeldet: Die Statthalterei hat der Direction der Neuen Wiener Bühne die Ausführung des Schwantes „Feldherrnhügel“ auch in geänderter Form verboten. — Das ist echt österreichisch (wie es ebenso echt preussisch sein würde). Eine absolutistische Bureaucratie gibt sie nach, lieber blamiert sie sich bis aufs Äußerste. Denn das ist ja der einzige Grundlag, der ihrer Hirnlosigkeit eine gewisse Autorität und Konsequenz verleiht: daß sie durch nichts in der Welt sich von dem einmal eingenommenen Standpunkt abbringen läßt. Ob der Standpunkt unsinnig, ungleichlich, gemeingefährlich oder sonst was ist, spielt dabei keine Rolle.

— Wann wurde die Schnellpresse erfunden? Ueber diese Frage hat sich ein Streit erhoben, da einige Jubiläumssanaiter ihren Zeitgenossen geru um einige Jahre voraus sein und das Hundertjahrjubiläum dieser wichtigen Erfindung schon heutzutage begehen möchten. Die Fachzeitung „Kunst und Handgewerbe“ stellt nun aber fest, daß Friedrich König, der Erfinder der Schnellpresse, zwar schon 1810 ein Patent auf eine Quaderdruckmaschine nach dem Prinzip der Handpresse, aber mit selbsttätiger Einföhrung und mechanischem Antrieb nahm, daß aber das erste Patent auf eine Druckmaschine mit Zylinderdruck vom 30. Oktober 1811 stammt und die erste Maschine dieser Art erst im Dezember 1812 vollendet und druckfertig wurde. Das Jubiläum hat also etwas Zeit.

— Der Erfinder des Flugdrachens. In den Vereinigten Staaten starb der Ingenieur William Eddy, berühmt durch die Erfindung eines nach ihm benannten Flugdrachens, der namentlich für die Benutzung dieses Geräts zu wissenschaftlichen Zwecken in der ganzen Welt eine ausgebreitete Anwendung erfahren hat. Eddy war in diesen Dingen durchaus Autodidakt, der sich aber hohe Verdienste auch in der Verwertung des Flugdrachens für die Photographie in höheren Luftschichten erworben hat.





# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 8, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 30. Januar, vormittags präz. 9<sup>3/4</sup> Uhr, in den Ruffler-Festsälen (gr. Saal), Kaiser Wilhelmstr. 18m:

## Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Heinemann über: § 153 der Gewerbeordnung. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten (Berichte).

Sonntag, den 30. Januar, vormittags 9<sup>3/4</sup> Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

## Versammlung der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker sowie sämtl. in den mechanischen Betrieben beschäft. Kolleginnen u. Kollegen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Schriftstellers Eduard Bernstein über: „Die Arbeiterorganisationen in England.“ 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Sonntag, den 30. Januar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4:

## Mitglieder-Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstatter über die Tätigkeit der Agitationskommission. 2. Neuwahl derselben. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. Kollegen! Mit Rücksicht darauf, daß seit einiger Zeit Mitteilungen über eine neue Tarifvorlage bei den Rohrlegern und Helfern verbreitet werden, ist es notwendig, daß Sie über diese Angelegenheit genügend Aufklärung erhalten. Deshalb darf keiner von Ihnen in dieser Versammlung fehlen, sondern ein jeder muß zur Stelle sein.

Außerdem machen wir darauf aufmerksam, daß in der Versammlung die keinen Legitimationskarten ausgegeben werden.

Ohne Mitgliedsbuch hat niemand Zutritt!

111/2 Die Ortsverwaltung.

## Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend.

Eingeschriebene Hilfskasse No. 118. — Bureau: C. 54, Steinstraße 38 I.

Sonntag, den 13. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Wilske, Brannenstraße 188:

## Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jahresabrechnung, Revisionsbericht, Vorstands- und Aufsichtsratsbericht. 2. Ersatzwahl des Vorstandes: ersten Vorsitzenden, zweiten Kassierers, eines Beisetzers und vier Ersatzmänner, Wahl des Aufsichtsrates und vier Ersatzmänner. 3. Wahl eines Kassierers für Friedrichshagen. 4. Innerer Kassenanlagestellen.

Mitgliedsbuch legitimiert! Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand. S. A.: G. Reetz.

88/1\*

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abds. 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitslokal):

## Sitzung der Ortsverwaltung.

## Zentralverband der Hausangestellten.

Sonntag, den 30. Januar, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

## Dienstboten-Versammlung.

„Was nützt uns der Berliner Gefindebelohnungsfonds?“ Referent: Stadtk. Koblenzer. Saalöffnung 6 Uhr. — Anfang 7 Uhr. — Diskussion. Nach dem Tanz. Genossen und Genossinnen, macht alle Dienstboten auf diese Versammlung aufmerksam. 282/10

## Ohne jede Anzahlung

verkaufte ich **Pianos** (Flügelton) gegen kleinstmögliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie. **Conrad Krause Nachf.**, Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410. Auch Sonntags geöffnet.

Originalpatent 1820. Geprüft 1820.

Originalpatent 1820. Geprüft 1820.

Originalpatent 1820. Geprüft 1820.

Originalpatent 1820. Geprüft 1820.

Originalpatent 1820. Geprüft 1820.

Originalpatent 1820. Geprüft 1820.

Originalpatent 1820. Geprüft 1820.

Originalpatent 1820. Geprüft 1820.

Originalpatent 1820. Geprüft 1820.

Originalpatent 1820. Geprüft 1820.

Originalpatent 1820. Geprüft 1820.

Originalpatent 1820. Geprüft 1820.

Originalpatent 1820. Geprüft 1820.

Originalpatent 1820. Geprüft 1820.

Originalpatent 1820. Geprüft 1820.

Beginn der **WEISSEN WOCHE** 31. Montag Januar

**HERMANN TIETZ**  
Leipzigerstrasse Frankfurter Allee Alexander-Platz.

## Brauerei Germania

Aktien-Gesellschaft  
BERLIN O. 112, Frankfurter Allee 53/55.

### Ringfrei

In sämtlichen Ausschanklokalen nach wie vor

**4/10 Ltr. Bayerisch-Caramel-Bier 10 Pf.**

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

## Sie sparen Geld!

Wenn Sie direkt an Engrospreisen in der Möbelfabrik

**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

**Hygienische Bedarfsartikel**  
Drogerie Zarenba, Weinbergweg 1, dir. a. Rosenhaler Tor. Billigste Bezugsquelle! Verkauf f. zur dauernden Kundsch.

## Hüte

in allen Preislagen.

**R. Weidner, Hutmacher, Prinzenstr. 57, an der Drosdener Str.**

**Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstraße 70**  
Telephon: Amt VII, 3047.

Billigste und bestsortierte Einkaufsquelle in:

## Zigaretten, Zigarren und Tabaken.

Größte Niederlage von:

## G.A. Hanewacker, Nordhausen.

— nur echt in 10 Pfg.-Rollen. —  
5 Pfg.-Stangen — und Twist mit Kopf.

Jede Rolle nur echt mit Firmenzettel!

## Tischler-Verein (E. H. 89.)

Sonabend, den 29. Januar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, Reichorfstraße 15:

### Versammlung.

Vortrag des Herrn A. Rautenberg über: „Synonismus“ mit Experimenten. Billigkeitsgabe zum Fasball am 28. Februar in „Santouci“. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder. 198/2 Gäste (Damen und Herren) haben Zutritt. Der Vorstand.

## II. Nachtrag zum Statut der Orts-Krankenkasse für Britz

28. August 1903, beschlossen vom 21. September 1903, in der Generalversammlung vom 29. November 1903.

Die §§ 12, 13, 20 und 21 werden wie folgt geändert:

§ 12. Als Maßstab für die Bemessung der Kassenleistungen und der Beiträge gilt der für die betreffenden Mitglieder in Betracht kommende durchschnittliche Tagelohn.

Derzeit ist wie folgt festgelegt:

Für Klasse I bei einem durchschnittlichen Tagesverdienst von mehr als 3,25 M. = 3,50 M. als durchschnittlicher Tagelohn.

Für Klasse II bei einem durchschnittlichen Tagesverdienst von mehr als 2,75—3,25 M. = 3,00 M. als durchschnittlicher Tagelohn.

Für Klasse III bei einem durchschnittlichen Tagesverdienst von mehr als 2,25—2,75 M. = 2,50 M. als durchschnittlicher Tagelohn.

Für Klasse IV bei einem durchschnittlichen Tagesverdienst von mehr als 1,75—2,25 M. = 2,00 M. als durchschnittlicher Tagelohn.

Für Klasse V bei einem durchschnittlichen Tagesverdienst von mehr als 1,25—1,75 M. = 1,50 M. als durchschnittlicher Tagelohn.

Für Klasse VI bei einem durchschnittlichen Tagesverdienst von 0,75 bis 1,25 M. = 1,00 M. als durchschnittlicher Tagelohn.

§ 13. Als Krankenunterstützung wird den Kassenmitgliedern im Falle der Krankheit oder durch Krankheit herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit gewährt.

1.—2. pp.

3. Im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Arbeitstag, einschließlich der Feiertage, welche auf einen Sonntag fallen, die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes.

§ 20. Für den Todesfall eines Mitgliedes gewährt die Kasse folgendes Sterbegeld:

Klasse I	87,50 M.
II	75,00
III	62,50
IV	50,00
V	37,50
VI	25,00

§ 21. Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen 4 Proz. und zwar:

Für Klasse I	84 Pf.
II	72
III	60
IV	48
V	36
VI	24

Diese Veränderungen treten vom ersten Montage in dem auf die Genehmigung folgenden Monate in Kraft.

Britz, den 29. November 1903.  
Der Vorstand.  
gez. Bohrend, gez. Heierich Volz, Vorsitzender. stellv. Vorsitzender, gez. A. Prinz, Schriftführer.

Genehmigt mit den in roter Linie vorgeschriebenen redaktionellen Veränderungen.

Wotsdam, den 22. Dezember 1903. (L. S.)  
Namens des Bezirksausschusses: Der Vorsitzende.  
In Vertretung: gez. Böttner. B. 16202. 270/15

Veröffentlicht.  
Der Nachtrag tritt mit dem 7. Februar 1910 in Kraft.  
Britz, den 28. Januar 1910.  
Der Vorstand.  
S. A.: gez. Bohrend, Vorsitzender.

## 4-Schlesische Pferde-Lotterie

Lose 1 Mark 11 Lose = 10 Mark. Porto u. Liste 25 Pf. 2542 Gewinne. Gesamtwert Mark

**60000**  
apoc. 40 Pferde und 5 Tausende Mark

**40000**  
und 2000 Gütergewinne Mark

**20000**  
1. Hauptgewinn: 20000 Mark

**10000**  
Lose empfehlen und versenden

**Lud. Müller & Co.**  
Bankgeschäft Berlin C., Dreieckstr. 5. Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

Lose auch in allen Lotteriegeschäften u. allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Jede Rolle nur echt mit Firmenzettel!

## Fruchtweine

kräftig und abgelagert sind billiger, wohlschmeckender und nahrhafter als

### Branntwein!

Johannisbeerwein, herb und süß } 1/2 Flasche 60 Pf.  
Heidelbeerwein, herb und süß } 30 "  
Stachelbeerwein, süß }  
Himbeerwein, süß }  
Kirschenwein, süß } 1/2 Flasche 70 Pf.  
Brombeerwein, süß } 40 "  
Erdbeerwein, süß }  
Zu haben in allen Geschäften, welche unsere Waren führen!

## Fruchtweine

sind für Schankwirte zum Ausschänken aus dem Faßo sehr vorteilhaft; Schankwirte und Wiederverkäufer erhalten bedeutende Preisermäßigung.

## Hermann Meyer & Co. Akt.-Ges.

Berlin N., Watt-Str. 11/12. 4096L\*

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inzeratenteil verantwortlich: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. (Dritte Abteilung.) Die Besichtigung des Museums für Naturkunde, Invalidenstr. 43, findet am Sonntag, den 30. d. M., mittags, statt...

Berliner Nachrichten.

Die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel an die Schüler der Volksschulen ist von unseren Genossen in der Stadtverordnetenversammlung wiederholt gefordert...

In Bezug auf die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel sei die Reichshauptstadt noch weit zurück. Im Vorjahre wurden nur 124 000 Mark dafür ausgegeben...

Diese Darlegungen eines Fachmannes werden unsere Kommunalbeschlüsse natürlich nicht hindern, nach wie vor die „sozialdemokratische Forderung“ abzulehnen.

„Nicht ermutigen“

Sollen die Erfolge sein, die auf den Gütern der Stadt Berlin im vorigen Winter mit der Beschäftigung Arbeitsloser erzielt worden sind. So sagt die Verwaltung der Sanalisationswerke...

Das kann stimmen und es war auch von vornherein zu erwarten, aber am Ende beweist das noch nichts gegen den Erfolg der Beschäftigung von Berliner Arbeitslosen auf den Gütern der Stadt...

Die Arbeitslosenfürsorge ist eben doch nicht so ganz unsonst zu haben, wie der Berliner Stadtfreiwirtschaftler es möchte. Ob aber den Gütern Berlins die Beschäftigung Arbeitsloser wirklich so teuer geworden ist...

In dasselbe Kapitel gehört wohl auch die Angabe, daß es nicht immer leicht gewesen sei, Ruhe und Ordnung unter den Arbeitslosen aufrecht zu erhalten...

Berlin im Schnee. Durch den neuen starken Schneefall, der in der verflochtenen Nacht einsetzte, sind im Berliner Straßenverkehr recht empfindliche Störungen hervorgerufen worden...

Selber müssen wir auch wieder über eine ganze Reihe von Unfällen im Straßenverkehr berichten. Infolge der durch den Schnee hervorgerufenen Glätte kamen vielfach Passanten zu Fall...

Ein Schrecken des Bögowiertels war der „Kellnermord“, ein gewerbemäßiger Klingelfahrer, der jetzt von der Kriminalpolizei unschuldig gemacht wurde. Vor einigen Jahren ward das Bögowiertel nachts von Einbrechern schwer heimgesucht...

Bereinsamung und Arbeitslosigkeit haben den 40 Jahre alten Bildhauer Otto Götsch aus der Reichenberger Straße 25 in den Tod getrieben. Götsch hatte seit Juni vorigen Jahres nur wenig Arbeit...

Tragödie eines geisteskranken Ehepaars. In der Gohlfelderstr. 31 erhängte sich gestern vormittag der geisteskranke Privatier Otto Müdter, der früherer Tapezierer war...

Der Rigdorfer Salzsäurespritzer ist immer noch nicht ermittelt. Es ist aber gelungen, jetzt eine genaue Beschreibung von ihm zu bekommen. Der Unhold ist etwa 30 bis 35 Jahre alt...

Gegen die „Deutsche Kranken-Unterstützungskasse in Rassel“ hatte ein Lagerverwalter P. in Vorkingstraße auf Auszahlung von Krankengeld geklagt...

In Ihrer Sache gegen die Krankenkasse teile ich Ihnen ergebenst mit, daß Zahlung seitens der Kasse nicht mehr zu erwarten ist.

Alle Pfändungen, sowohl in das bewegliche Vermögen der Kasse als auch von Forderungen der Kasse, insbesondere bei den Vertretern auf Beiträge, sind erfolglos gewesen.

Ich habe daraufhin den Antrag auf Konturöffnung bei dem hiesigen Amtsgericht gestellt. Das Amtsgericht teilt mir indessen mit, daß diesem Antrage nur stattgegeben werden kann...

Da hierzu von den Mandanten, die ich vertreten, und die sämtlich im Armenrecht geklagt haben, niemand in der Lage sein wird, besteht keine Möglichkeit, von der Kasse noch irgendwelche Zahlung zu erlangen...

Hochachtungsvoll  
Vartel, Rechtsanwalt.

Nach alledem können wir unsere Warnung vor dem Beitritt zu Schwindelfassen nur wiederholen und wünschen, daß sie mehr als bisher Beachtung finden möge.

Wer ist der Tote? Verwundet aufgefunden wurde gestern mittag vor dem Hause Berliner Straße 48 zu Rigdorf ein unbekannter Mann von etwa 35 Jahren. Er starb schon auf dem Wege nach der Anfallstation 12...

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund (Süd Berlin und Umgegend) hielt am Sonntag seine Generalversammlung im Gewerkschaftshaus (großer Saal) ab. Zu dieser waren 465 Delegierte erschienen. Der Vorsitzende gedachte zunächst in ehrenden Worten der verstorbenen Sängerbundmitglieder...

Ein längerer Disjunktion ruft die Stellung des „Berliner Volkshor“ dem Bunde gegenüber hervor. Eine Resolution, die besagt, daß der „Berliner Volkshor“ solange als bürgerlicher Verein betrachtet werde...

In den Vorstand wurden gewählt: Paul Kupfer, 1. Vorsitzender; Gustav Barowsky, 2. Vorsitzender; August Seifrit, 1. Kassierer; Zul. Steffens, 2. Kassierer; Otto Engel, 1. Schriftführer; Gustav Schönthal, 2. Schriftführer, und Gustav Wuyth, Beisitzer.

Vermiss wird seit Sonnabend nachmittag die 35 Jahre alte Dienstmagd Anna Thamm, die seit zwei Monaten in der Lothringer Straße 17 in Stellung war. Beim Weggehen sagte sie, sie wolle...

eine Cousine, deren Mutter gestorben sei, aufsuchen um die Vererdigung zu besorgen. Von diesem Ausgange lernte sie nicht zurück. Am Montag morgen erhielt die Dienstherrin eine im Osten Berlins aufgegebene Postkarte...

Verunglückt wird ferner seit dem 30. Dezember der merkwürdige Schlosser Wilhelm Tuschy. Er ist 45 Jahre alt, 1,80 Meter groß und hat etwas ergrautes Haar...

Zungengefäß. Am 11. September, abends gegen 1/10 Uhr, verunglückte ein Arbeiter beim Verlassen eines Kordringzuges auf dem Bahnhof Gesundbrunnen so schwer, daß er im bestimmungslosen Zustande nach der Anfallstation gebracht werden mußte...

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung hielt am Mittwoch ihre erste Sitzung in diesem Jahre ab. Eine umfangreiche, aus 18 Punkten bestehende Tagesordnung unterlag der Beratung...

Am ersten Punkt berichtigte Stadtv. Koye für den Wahlaufruf, er beantrage die Gültigkeit der letzten Stadtverordneten-Ergebnisse anzuerkennen. Gewählt sind in der dritten Abteilung Gewerkschaftsangehöriger Jaed (Soz.)...

Bei der Wahl des Präsidiums wurde der bisherige Vorsteher Sander durch Akklamation wiedergewählt. Auf den Posten des Vorsteherstellvertreters erhob Stadtv. Proger (Soz.)...

Gegen die jedes Grundes entscheidende Bestimmung der beiden Lokalblätter für die Bekanntmachungen der Stadtverordnetenversammlung wendet sich energisch in längeren Ausführungen Stadtv. Proger (Soz.)...

Für die oberen Klassen des Realgymnasiums und der Oberrealschule will der Magistrat das Schillerdenkmal einführen und beantragt zur Beschaffung des Materials 3000 M. — Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) bekämpfte die Vorlage...





